

## Drucksache

### der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VII. Wahlperiode

---

Ursprung: Antrag, PIRATEN, Beitritt: B'90Grüne, DIE LINKE

**TOP: 019 / 9.2**

## Änderungsantrag

gemäß § 21 (1) c GO

**Drs.Nr.: VII/0389**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
28.02.2013	BVV	BVV/VII/016	überwiesen
07.03.2013	BüOrd	BüOrd/VII/013	vertagt
11.04.2013	BüOrd	BüOrd/VII/014	im Ausschuss abgelehnt
02.05.2013	BVV	BVV/VII/018	vertagt
30.05.2013	BVV	BVV/VII/019	

### **Betr.: Weitergabe der Meldedaten - bessere Informationen über Opt-Out in Bürgerämtern**

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen unter Einbindung des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten dafür einzusetzen, dass öffentlichkeitswirksamer als bisher über den derzeitigen rechtlichen Stand im Land Berlin zur Weitergabe der Meldedaten der Bürgerinnen und Bürger und die Veränderungen des Meldegesetzes, insbesondere zur Einzelauskunft durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, informiert wird und durch die Bürgerämter informiert werden kann.

Weiterhin wird dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen für die Kostenübernahme der Informationserstellung und -bereitstellung zum geltenden Melderecht als auch zu den ab 2015 zu erwartenden Änderungen im Meldegesetz auf Landes- und Bezirksebene einzusetzen und dies bei den Haushaltsplanungen 2014/15 zu berücksichtigen.

#### Begründung:

Durch die vergangenen Änderungen im Meldegesetz auf Bundesebene besteht bei den Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheit bzw. geringer Informationsstand zur tatsächlichen gesetzlichen Lage und ihren Widerspruchs- sowie Zuspruchsmöglichkeiten zur Weitergabe ihrer eigenen Meldedaten. Die Möglichkeiten zum Widerspruch werden nur in geringem Maß genutzt, da allgemein von der Gültigkeit der letzten Gesetzesänderung ausgegangen wird, die erst voraussichtlich im Mai 2015 in Kraft treten wird.

Die Aufgabe, die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Bezirkes über die Möglichkeiten der Weitergabe ihrer Meldedaten zu informieren, ist auf Landes- und Bezirksebene angesiedelt. Auf Bezirksebene haben die Bürgerämter die Möglichkeit, direkt die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Diese Möglichkeiten des direkten Kontakts sind zur Verbesserung des Informationsstandes über den die Weitergabe bzw. Übermittlung der Meldedaten zu nutzen.

Berlin, den 28.05.2013

Vorsitzender der Fraktion der PIRATEN  
Cornelius Engelmann-Strauß